

NICHT BEZAHLBAR, NICHT DURCHSETZBAR? UMBENENNUNGEN von Felix Schürmann

Wiederholt gab es in Hannover Versuche, Straßen mit besonders fragwürdigen Namensgebern umzubenennen. So schlug der SPD-Ortsverein List-Süd 1977 vor, die Walderseestraße in „Gustav-Heinemann-Straße“ umzubenennen, und zwar aufgrund der „fragwürdigen militärischen Leistungen des Grafen Waldersee während des Boxeraufstandes in China“[1], so die sehr zurückhaltende Formulierung. Die Reaktion der Behörden ist für den Umgang mit Initiativen dieser Art in Hannover exemplarisch: Die politische Debatte wurde geflissentlich vermieden, indem generelle und finanzielle Einwände gegen Umbenennungen angeführt wurden. So heißt es im Antwortschreiben des Stadtvermessungsamtes vom 25. Mai 1977, gegen die Umbenennung bestünden „allgemein erhebliche Bedenken“, weil sie zum einen erhebliche Kosten für die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Verwaltung verursachten und zum anderen „erhebliche Unruhe in die Bevölkerung“ brächten und zu „massiven Beschwerden, Protesten und Widerständen“[2] führten. Das Thema wurde seitens der SPD offenbar nicht weiter verfolgt, obgleich Alfred von Waldersee nicht nur für seine Aktivitäten im Boxerkrieg berüchtigt ist, sondern auch den Einsatz der Armee im Inland gegen eben die Sozialdemokratische Partei gefordert hatte. 1995 wurde die Walderseestraße erneut zum Thema: Ein Leistungskurs Geschichte der IGS Roderbruch erstellte eine Dokumentation über Waldersee und forderte Oberbürgermeister Schmalstieg auf, darauf hinzuwirken, sowohl das Waldersee-Denkmal als auch die Straßenschilder um Schilder mit kritischen Kommentaren zu ergänzen. Der hatte gegen die Idee zwar nichts einzuwenden, wollte sie aber auch nicht bezahlen und forderte die Schüler auf, sich Sponsoren zu suchen.[3]

Dass sie entweder nicht bezahlbar oder nicht durchsetzbar oder beides seien, sind die gängigen offiziellen Argumentationsmuster auf Anfragen und Initiativen zur Umbenennung von Straßen in Hannover. So auch im Fall der Lettow-Vorbeck-Allee. Am 1. März 1980 fragte die Stadtteilgruppe Ahlem/Linden-Nord der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) beim Oberstadtdirektor Hinrich Lehmann-Grube (SPD) an, ob der Stadtverwaltung bekannt sei, „daß dieser arbeiterfeindliche preußische General u. a. am Kapp-Putsch beteiligt war und von Hitler hochdotierten ‚Ehrensold‘ erhielt“[4]. Das Thema wurde eine Woche später auf einer Bürgerversammlung in Ahlem diskutiert, eine Umbenennung wurde von der Verwaltung jedoch abgelehnt, da sie „für die Bewohner mit nicht unerheblichen Kosten und Unannehmlichkeiten verbunden“[5] sei. Immerhin erreichte die DKP, dass die seinerzeit geplante Verlängerung der Lettow-Vorbeck-Allee nach Westen, die ursprünglich auch den Namen des Generals tragen sollte, nun „Fränkische Straße“ getauft wurde.

„ ... mit nicht unerheblichen Kosten und Unannehmlichkeiten verbunden“

Zweifellos ist eine Änderung der Anschrift mit Aufwand verbunden. Von daher ist ein Abwehrreflex gegen eine Umbenennung nicht ungewöhnlich und braucht auch nicht politischen Ursprungs zu sein. Auch die Erfahrungen mit der Umbenennung des Karl-Peters-Platzes in der Südstadt zeigen, dass das Argument der zu erwartenden Widerstände nicht aus der Luft gegriffen ist. Nun kann es aber auch als sehr unangenehm empfunden werden, beispielsweise in der Walderseestraße zu wohnen, wenn man erst einmal weiß, wer Alfred Graf von Waldersee war und was er getan hat. Fraglich ist, was vom Abwehrreflex bleibt, wenn Anwohnerinnen und Anwohner über diejenigen informiert sind, die hinter ihren Anschriften stehen. Zudem scheint das Argument der Widerstände in der Bevölkerung oft überbewertet: In Mühlheim wurde 1995 die Karl-Peters-Straße umbenannt. Drei Jahre später gab die Sprecherin der Ratsfraktion der Grünen zu Protokoll, dass es zwar Proteste gegeben habe, „aber heute beschwert sich niemand mehr.“[6] Die Geschichte Hannovers ist reich an Straßenumbenennungen aus politischen Gründen, die die Stadt nicht in den Bürgerkrieg oder in die finanzielle Katastrophe geführt haben. In erster Linie waren dies die Tilgungen unerwünschter Straßennamen durch die Nationalsozialisten[7] und wiederum deren Rücknahme nach dem Zweiten Weltkrieg, aber immer wieder gab es auch einzelne Fälle, wie zum Beispiel den der Umbenennung der Ahlemer Eichendorffstraße

in Zuckmayerstraße 1979.[8] Und im Rahmen der bundesweiten Einführung neuer Postleitzahlen zum 1. Juli 1993 wären Umbenennungen - wie im Falle des Karl-Peters-Platzes von der hannoverschen Stadtverwaltung geplant - den jeweiligen Anwohnerinnen und Anwohnern ohne zusätzliche Kosten zumutbar gewesen. Um Straßenumbenennungen in einem möglichst geringen Umfang zu halten, hat die hannoversche Ratsversammlung 1978 die Umbenennung von Straßen, Wegen und Plätzen an feste Kriterien geknüpft. Dem Beschluss zufolge sollen Umbenennungen nur erfolgen, wenn die vorhandenen Bezeichnungen irreführend sind, wesentliche bauliche Veränderungen erfolgt sind oder aber, „wenn eine Benennung einer Persönlichkeit im Nachhinein Bedenken auslöst, weil diese Person Ziele und Wertvorstellungen verkörpert, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der Verfassung, der Menschenrechte bzw. einzelner für die Gesamtrechtsordnung wesentlicher Gesetze steht.“ Für den letztgenannten Fall sieht der Beschluss zwingend vor, dass „der durch die Benennung geehrten Person schwerwiegende persönliche Handlungen“[9] zuzuschreiben sein müssen, zu denen ausdrücklich „Rassismus“ gezählt wird. Der Beschluss betrifft folglich zumindest die Namen der Straßen Frenssenufer, Lettow-Vorbeck-Allee, Nachtigalstraße, Walderseestraße, Wißmannstraße und Woermannstraße, deren Namenspatrone allesamt unumstritten Rassisten waren. Allerdings handelt es sich bei dem Beschluss um eine Soll-Bestimmung, nicht um einen Zwangsmechanismus; der Weg durch den zähen Verwaltungs- und Gremienapparat bleibt nicht erspart. Angesichts dieser Verwaltungshürden hilft auch der 1990 von der rot-grünen Ratsmehrheit beschlossene Zusatz wenig, dass auf ein Bürgervotum bei Umbenennungen verzichtet werden kann, wenn im Straßennamen oder dem eines Platzes auf eine Person verwiesen wird, die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt war.[10] Allerdings gibt es in der Frage, ob Umbenennungen der entsprechenden Straßen sinnvoll sind, auch im kolonialkritischen Diskurs unterschiedliche Positionen.

Topographische Fußnoten

So hat sich der Berliner Kulturwissenschaftler Alexander Honold in Bezug auf das Afrika-Viertel in Berlin-Wedding gegen Umbenennungen ausgesprochen. Zwar seien die Namenspatronen politisch nicht „konsensfähig“, dennoch seien sie und ihre Taten es wert, im kollektiven Gedächtnis „weiterhin präsent gehalten zu werden.“[11] Diese Argumentation wird von kritischen Umbenennungsgegnerinnen und -gegnern am häufigsten gebraucht. Immerhin handelt es sich bei Straßennamen um historische Quellen, die Anlass zur kritischen Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte und der der Ereignisse, Orte und Personen, auf die sie verweisen, sein können. Werden sie durch Umbenennungen getilgt, verschwindet - sofern die neuen Namen nicht ebenfalls einen Kolonialismusbezug aufweisen, indem zum Beispiel nach Opfern kolonialer Herrschaft benannt wird - auch das Kolonialismus-Thema aus dem öffentlichen Raum.

Demgegenüber steht der Standpunkt, Ehrungen von Kolonialisten generell nicht zu dulden, weil diese „letztlich eine Verhöhnung aller Opfer jeglicher Willkürherrschaft und Diktaturen“[12] bedeuteten. Die Afrikawissenschaftlerin Susan Arndt weist ferner darauf hin, dass eine Geschichte, die nie aufgearbeitet worden ist, wie dies bei der deutschen Kolonialgeschichte der Fall ist, nicht unkritisch im öffentlichen Raum dokumentiert werden sollte: „In einem Land, in dem jede offensive Erinnerungspolitik und Auseinandersetzung mit kolonialer Schuld fehlt und weite Teile der deutschen Bevölkerung gar nicht wissen, dass Deutschland Kolonien in Afrika hatte, ist es fatal zu glauben, Straßennamen könnten von sich aus ihre politische Stoßrichtung ins Gegenteil verkehren.“[13] Dazu kommt, dass in Deutschland in beängstigender Regelmäßigkeit Menschen aus rassistischen Motiven heraus diskriminiert, angegriffen, gedemütigt und sogar umgebracht werden, und Studien zu Rassismus und Rechtsextremismus zeigen, dass Rechtsextreme ihre Taten in dem Glauben verüben, sie brächten damit den Willen einer schweigenden Mehrheit zum Ausdruck. In diesem Glauben müssen sie sich bestätigt fühlen, wenn ihnen im öffentlichen Raum alltäglich Rassisten und Rechtsextremisten als Objekte öffentlicher Würdigung begegnen.

Doch müssen sich die Bestrebungen, einerseits die Kolonialgeschichte nicht aus dem öffentlichen Raum zu tilgen und andererseits den Zustand der öffentlichen Ehrerbietung gegenüber dieser Geschichte zu verändern, nicht widersprechen. Zum Einen muss eine Umbenennung nicht heißen, den Bezug zum Kolonialismus zu

tilgen. Immerhin besteht die Möglichkeit, eine Straße nach einem Opfer des Kolonialismus oder einer Person aus dem antikolonialen Widerstand zu benennen, die hierzulande ohnehin viel zu wenig bekannt sind. Zum Anderen besteht die bereits vielerorts realisierte^[14] Möglichkeit, die Straßennamen durch ergänzende Schilder zu kontextualisieren - sozusagen als topographische Fußnoten der Geschichte. Dabei bleiben der Straßename und sein Bezug zum Kolonialismus erhalten, der unkritische Charakter bleibt es nicht. Ein gelungenes, und in der bundesrepublikanischen Geschichte bislang einzigartiges Beispiel für diese Form des Umgangs mit dem kolonialistischen Erbe gibt es in Hannover bereits - allerdings nicht an einem Straßenschild, sondern am Karl-Peters-Denkmal, das nach einer mehrjährigen, heftig geführten Debatte 1988 auf eine Initiative des Friedensforums Südstadt hin „umgewidmet“ wurde.

Fußnoten

[1] Vgl. die im Stadtvermessungsamt geführte Drucksache zur Walderseestraße.

[2] Ebd.

[3] Kühn 1995.

[4] Vgl. die im Stadtvermessungsamt geführte Drucksache zur Lettow-Vorbeck-Allee.

[5] Ebd.

[6] Lischka, Konrad: Ein guter Name ist nichts wert. Ob Karl Peters oder Admiral Scheer: Rassisten und Kriegshetzer sind immer noch Namenspatrone für Straßen und Plätze im Pott. Die Verwaltungen behaupten: Änderungen wären zu teuer. In: taz Ruhr, 10.12.1998.

[7] So wurde zum Beispiel die Heinrich-Heine-Straße 1933 in Memelstraße umbenannt. Zimmermann 1992, S. 111.

[8] Zimmermann 1992, S. 275.

[9] Zitiert nach der aktuellen Fassung des Beschlusses vom 09.12.1999, Stadtvermessungsamt Hannover, DsNr. 2810/99.

[10] Siehe Hannoversche Allgemeine Zeitung, Stadtteilzeitung Süd, 14.2.1991.

[11] Honold 2003, S. 319.

[12] Arndt 2001, S. 15.

[13] Ebd., S. 16

[14] So zum Beispiel im Bremer Stadtteil Walle, vgl. Pötter 1994.